

Landesdelegiertentag findet im November statt

DPoIG-Hauptvorstand beschloss Durchführung des Landesdelegiertentages



➤ Wolfgang Ladebeck berichtete vom Verlauf der Tarifverhandlungen.

Am 8. März fand die erste erweiterte Beratung des Hauptvorstandes des Thüringer DPoIG-Landesvorstandes statt. Dieser Tag ist bekanntlich auch der internationale Frauentag, und so nutzte unser Landesvorsitzender Jürgen Hoffmann die Gelegenheit, den anwesenden Kolleginnen seinen Dank für ihr Engagement und ihre Arbeit auszusprechen und dies mit einem Blumengruß zu unterstreichen.

Doch nicht nur das Datum war etwas Besonderes an diesem Tag. Auch unter den Anwesenden konnten wir mit dem Landesvorsitzenden aus Sachsen-Anhalt, Wolfgang Ladebeck,

einen Gast begrüßen, der auch in seiner Funktion als stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender einiges aus den gerade abgeschlossenen Tarifverhandlungen zu berichten wusste. Hat er doch persönlich an den Tarifverhandlungen teilgenommen, welche nach seiner Einschätzung auch die „gruseligsten“ Verhandlungen waren, bei denen er bisher persönlich zu gegen war.

➤ Eine Million Tarifbeschäftigte profitieren direkt von der Einigung

Ladebeck nutzte die Gelegenheit, und gab den Anwesenden einmal einen Einblick hinter die Kulissen solcher Tarifverhandlungen, von denen immerhin eine Million Tarifbeschäftigte direkt und 3,3 Millionen Beamte in Abhängigkeit von der Übertragung des Abschlusses in den Ländern profitieren.

Dabei ist der Verlauf solcher Tarifverhandlungen wesentlich komplexer, als dies in den medialen Berichterstattungen erscheint. So stehen hinter jedem Verhandlungsführer bis zu 200 Fachleute und Vertreter aus anderen Gremien, welche jeden Vorschlag zunächst erst einmal auf ihre finanziellen

Auswirkungen prüfen. Hinzu kommen immer wieder Forderungen einzelner Interessenvertretungen, welche natürlich in erster Linie das bestmögliche Ergebnis für die von ihnen vertretenen Kolleg(inn)en erzielen möchten. Am Ende wird das Ergebnis der Tarifverhandlungen immer auch ein Kompromiss sein, welcher die einen mit einem besseren und andere mit einem schlechteren Gefühl zurücklässt.

➤ 7,8 Prozent – schöne Momentaufnahme, aber im Vergleich zur Wirtschaft nicht ausreichend

So war es auch in der diesjährigen Verhandlungsrunde, oder wie Ladebeck es treffend zum Ausdruck brachte: „7,8 Prozent sind eine schöne Momentaufnahme, aber im Vergleich zur Wirtschaft nicht ausreichend.“ Schließlich werden Tarifbeschäftigte und Beamte immer wieder sehen, was sie denn in der Wirtschaft verdienen können. Besonders trifft dies auf junge Menschen zu, welche eine richtungsweisende Entscheidung für ihr Berufsleben stellen müssen. Wem ist es da zu verübeln, dass die Wahl für einen Beruf getroffen wird, welcher die Aussicht auf ein

finanziell sorgloses Leben mit entsprechenden Aufstiegschancen bietet. Das Verharren von 20 und mehr Jahren in einer Besoldungsstufe dürfte da wenig Anreiz bieten.

➤ Bundesweit einheitliche Vergütung gefordert

Hinzu kommt der Konkurrenzkampf, welchen sich die Bundesländer untereinander im Kampf um ausreichend gutes Personal liefern. Dabei sind gerade die finanzschwächeren Bundesländer immer wieder die Verlierer im Wettbewerb um Nachwuchs. Zumal dieser Wettbewerb erst nach der erfolgten Ausbildung richtig an Fahrt gewinnt. Ist eine Polizeiausbildung in einem kleineren Bundesland auch gerade wegen der Nähe zum Elternhaus noch angenehm und wünschenswert, so werden spätestens im letzten Ausbildungsjahr Erkundigungen darüber eingezogen, wo die Chancen für einen finanziell optimalen Berufsstart am größten sind. Da können die finanzschwachen Bundesländer nicht mithalten, und am Ende verabschieden sich die Absolventen schleunigst in ein anderes Bundesland. Was den kleinen Ländern bleibt, sind die Kosten, welche sie für die Ausbildung ihres Nachwuchses aufgewandt haben, und welcher dann doch nicht in den eigenen Reihen wirksam werden wird.

Es gab Zeiten, in denen sich dieses Problem nicht stellte, da die Kolleg(inn)en bei der Polizei bundesweit einheitlich bezahlt wurden. So, wie wir als DPoIG in Thüringen, plädiert auch Ladebeck für die Wiedereinführung einer bundesweit einheitlichen Besoldung. Das wäre nicht nur finanziell gerecht, sondern würde wesentlich zur Verbesserung der Personalsitu-

Impressum:

Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

ation in so manchen Bundesländern beitragen.

Landesdelegiertentag am 15. und 16. November in Mühlhausen

Erster Schwerpunkt der Beratung des Hauptvorstandes war natürlich die Vorbereitung des Landesdelegiertentages, welcher in diesem Jahr stattfindet und zu dem auch der Vorstand für die kommende Wahlperiode gewählt werden soll. Doch nicht nur die Vorstandswahl soll Impulse setzen, sondern auch die Schwerpunkte der Inhalte unserer gewerkschaftlichen Arbeit für die kommenden Jahre sollen gesetzt und beschlossen werden.

Da ist im Vorfeld viel organisatorische Arbeit vonnöten. Schließlich sollen alle unsere Mitglieder die Möglichkeit haben, sich auch mit ihren Vorschlägen einzubringen. Dies auch, wenn sie nicht als Delegierte teilnehmen können. Um dies reibungslos zu gewährleisten, wurde unser Landesgeschäftsführer Harald Meyer mit der Organisationsleitung beauftragt. Schließlich kann er hier auf seine Erfahrungen aus der Organisation des vorangegangenen Landesdelegiertentages zurückgreifen. Er machte sich auch gleich an die Arbeit und vereinbarte den Termin für die Durchführung im Brauhaus zum Löwen in Mühlhausen für den 15. und 16. November dieses Jahres.

Satzungs- und Antragskommission gebildet

Genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger ist die inhaltliche Vorbereitung des Delegiertentages. Veränderungen in der Rechtslage machen einige Anpassungen der Satzung unumgänglich. Und wie schon beschrieben, sollen auch die inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden. Dafür haben unsere Mitglieder die Möglichkeit, entsprechende Anträge an den Delegiertentag zu stellen.

Um dies gründlich und ohne Zeitnot vorzubereiten, wurde eigens eine Satzungs- und Antragskommission gebildet, für die sich Uwe Schmoock, Stefan Mikosch und Jochen Schul-

ze zur Mitarbeit bereit erklärt haben.

Anträge können ab sofort direkt an die Kommission gestellt werden. Aufnehmen wird sie Kollege Schmoock, wobei er darum gebeten hat, die Anträge direkt via E-Mail an seine Mailadresse Uwe.Schmoock@polizei.thueringen.de zu senden.

Anpassungen in der Organisationsstruktur

Abschließend wurden noch einige Anpassungen in der Organisationsstruktur beschlossen. Die wesentlichen Änderungen – gerade bei den Ansprechpartnern – stellen wir in einem gesonderten Kasten vor.

Roland Spitzer

Kurz notiert

API wird als eigenständiger Kreisverband aufgebaut



Thomas Czerwensky

Umstrukturierungen sowie neue DPoIG-Mitglieder im Bereich der API machen es notwendig, einen eigenständigen

Kreisverband innerhalb der API zu bilden. Mit dieser Aufgabe wurde Kollege Thomas Czerwensky beauftragt, welcher ab sofort auch Ansprechpart-

ner für unsere Kolleg(inn)en innerhalb der API zur Verfügung steht.

Gleichzeitig bat er darum, dass sich Kolleg(inn)en, welche in der API tätig, aber noch anderen Kreisverbänden zugeordnet sind, sich direkt via E-Mail Thomas.Czerwensky@polizei.thueringen.de mit ihm in Verbindung setzen.

Ortlep Wehner Ansprechpartner für LPI Gotha

Zur besseren Betreuung der Kolleg(inn)en der LPI Gotha



Ortlep Wehner

wurde beschlossen, dass Kollege Wehner diese übernehmen wird. Ortlep Wehner steht bereits dem Kreisverband der LPD vor und bittet

darum, dass sich die Kolleg(inn)en, welche im Bereich der LPI Gotha tätig sind, sich mit ihren Anliegen direkt an ihn zu wenden.

Gerne auch via E-Mail: Ortlep.Wehner@polizei.thueringen.de.

Andreas Benndorf neuer Ansprechpartner für Saalfeld



Andreas Benndorf

Der Kreisvorsitzende der LPI Gera, Andreas Benndorf wird zukünftig auch die Kolleg(inn)en der LPI Saalfeld betreuen. Auch hier

werden die Kolleg(inn)en aus diesem Bereich gebeten, sich bei Anfragen direkt mit Kollegen Benndorf in Verbindung zu setzen: Andreas.Benndorf@polizei.thueringen.de.

Personalsituation in der Thüringer Polizei weiterhin angespannt

Lücke zwischen ausgewiesenen Dienstposten und vorhandenen Planstellen noch immer nicht geschlossen!

Erfurt (JH/RS) – Es ist ja schon ein Dauerthema, die angespannte Personalsituation sowie der noch immer anhal-

tende Personalabbau bei der Thüringer Polizei. Auch im Laufe der sich in diesem Jahr dem Ende zuneigenden Koaliti-

on aus Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen konnte die notwendige Trendwende nicht vollzogen werden.

Noch immer verlassen mehr Kolleg(inn)en die Polizei als neu eingestellt werden. Da erscheint die Trendwende im von der Vorgängerregierung beschlossenen Personalabbau-pfad wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Uns geht es auch

nicht um irgendwelche Schuldzuweisungen – hier haben wir in der Vergangenheit immer wieder Position bezogen.

► Kolleg(inn)en müssen entlastet werden

Vielmehr haben wir einen Zustand erreicht, der von unseren Kolleg(inn)en immer mehr abfordert. Dies bei gestiegenen Anforderungen im Arbeitsalltag und noch immer schwindendem Personalbestand. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird sich auch durch die Neueinstellungen im Herbst nicht wirklich etwas ändern, da noch immer zu wenig neue Kolleg(inn)en eingestellt werden.

Somit wird auch die Belastung unserer Kolleg(inn)en weiterhin ansteigen. Diese Dauerbelastung bleibt natürlich nicht ohne Folgen. Der Stress im Berufsalltag steigt merklich und auch das kollegiale Verhältnis untereinander ist in vielen Fällen verbesserungswürdig. Nun sollte man annehmen, dass diese Dauerbelastung auch in den Führungsetagen angekommen ist und zumindest Maßnahmen ergriffen werden, um unsere Kolleg(inn)en bestmöglich zu entlasten. Nicht immer, aber in zu vielen Fällen ist wohl eher das Gegenteil der Fall. Zumindest gewinnt man diesen Eindruck aus persönlichen und oft auch vertraulichen Gesprächen mit unseren Kolleg(inn)en.

Entscheidend ist noch immer, wie unsere Kollegen Führungsarbeit im Dienstalltag wahrnehmen, und nicht, wie sie auf dem Papier gargestellt wird. Bei den Kolleg(inn)en wird Führungsarbeit meist als zusätzlicher Stressfaktor empfunden, was die ohnehin schon große Belastung unnötig weiter verstärkt. Im Ergebnis führt die Summe aller Belastungen zu einem erhöhten Krankenstand innerhalb der Polizei in Thürin-

gen, was wiederum zu weiteren Belastungen führt, da die Arbeit der ausgefallenen Kolleg(inn)en zusätzlich übernommen werden muss.

► Landesvorsitzender Hoffmann wendet sich an die Politik

Im Augenblick befinden wir uns hier in einem Teufelskreis, welcher dringend durchbrochen werden muss. Diesen notwendigen Durchbruch will auch die DPoLG entsprechend den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterstützen und forcieren. Aus diesem Grund wandte sich unser Landesvorsitzender Jürgen Hoffmann mit einem Schreiben an den Ministerpräsidenten, die Finanzministerin sowie an alle im Landtag vertretenen Fraktionen.

Dabei belässt er es nicht bei Allgemeinplätzen, sondern stellt die Lage an den aktuell konkret vorhandenen Fakten und Zahlen dar.

► Diskrepanz zwischen Dienstposten und realen Planstellen

Die Organisations- und Dienstpostenpläne (ODP) der Thüringer Polizeibehörden (ohne TMIK) weisen aktuell insgesamt 7751 Dienstposten aus. Demgegenüber sah der Haushalt im Haushaltsjahr 2018 für die Polizeikapitel lediglich 7252 Planstellen und Stellen vor. Mit Stand März 2018 verfügte die Thüringer Polizei (ohne TMIK) über insgesamt 6877 Polizeivollzugsbeamte, Polizeiverwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte.

Neben der quantitativen Überzeichnung von 499 Dienstposten gegenüber den zur Verfügung stehenden Planstellen und Stellen divergieren ODP und Stellenpläne seit Jahren teilweise auch qualitativ er-

heblich. Dies betrifft sowohl die Zuweisungen von Dienstposten als auch die Wertigkeiten der Dienstposten.

Mit der Novellierung des Thüringer Besoldungsgesetzes (ThürBesG) zum 1. August 2014 wurden erstmals gesetzliche Obergrenzen für Dienstposten hinsichtlich ihrer Anzahl und Wertigkeiten festgelegt (§ 23 Abs. 1 und 2 ThürBesG).

Die gegenwärtig im ThürBesG definierten Obergrenzen spiegeln allerdings die an eine professionelle Polizeiarbeit gestellten hohen Anforderungen nicht wider und weichen teilweise erheblich von den in den ODP ausgewiesenen Dienstposten ab, da zu keiner Zeit eine Anpassung an den Haushaltsplan erfolgte und das Auseinandertriften zum ODP nicht bereinigt worden ist.

Besonders deutlich wird dies in der Laufbahngruppe des mittleren Polizeivollzugsdienstes, aber auch bei den Polizeiverwaltungsbeamten des mittleren Dienstes.

► 45 Prozent des mittleren Dienstes kann nicht in das Besoldungsamt A 9 befördert werden

In der Thüringer Polizei sind nahezu sämtliche Dienstposten des mittleren Polizeidienstes aufgrund der wahrzunehmenden Aufgaben und der damit verbundenen Verantwortung sowie notwendigen Kompetenzen der Besoldungsgruppe A 9 des mittleren Dienstes zugewiesen worden, wobei zu keiner Zeit die gesetzlichen Voraussetzungen im Haushaltsrecht dazu geschaffen wurden, also 45 Prozent des mittleren Dienstes nicht in das Besoldungsamt A 9 befördert werden kann.

Nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 ThürBesG dürfte der Anteil der nach Be-



© Roland Spitzer

► Landesvorsitzender Hoffmann fordert in einem Schreiben die Politik zur Umkehr beim Personalabbau auf.

soldungsgruppe A 9 bewerteten Dienstposten des mittleren Polizeivollzugsdienstes bewerteten höchstens 55 Prozent betragen. Tatsächlich sind circa 93 Prozent dieser Besoldungsgruppe im Organisations- und Dienstpostenplan zugewiesen.

Vor diesem Hintergrund wurde bei den im Vorfeld der Regierungsbildung geführten Koalitionsgesprächen seitens der DPoLG vorgetragen, dass eine Änderung zwingend erforderlich und notwendig ist. Im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien wurde in der unter Ziff. 12.2 getroffenen Vereinbarung diesem Anliegen Rechnung getragen und eine Anpassung der Stellenpläne an die ODP vorgesehen.

Weder ein Vergleich der sogenannten Polizeidichte noch die Anwendung bisheriger Personalverteilungsmodelle zeigen in diesem Zusammenhang eine Lösung zur Bestimmung des Personalbedarfs auf. Die Verhältnisse in Thüringen sind eben anders als in anderen Ländern.

► Personaldichte in Thüringen unzureichend

So ist nach wie vor in Thüringen bei den allgemeinen Ordnungsbehörden keine Perso-

naldichte geschaffen worden, welche die Forderungen des § 2 Ordnungs-Behördengesetz erfüllt. Die Polizei erfüllt demzufolge diese Aufgaben, obwohl dafür kein Personal eingestellt worden ist. In anderen Ländern ist dies aber vollumfänglich oder zu Teilen erfolgt und Vollziehungsbeamte leisten hier Dienst.

„Die seit den 90er-Jahren bis heute in der Thüringer Polizei angewandten Personalverteilungsmodelle im Top-down-Verfahren basieren auf der Verwendung von Belastungsfaktoren (Straftaten, Verkehrsunfälle, Bevölkerung, Fläche, Bevölkerungsdichte), beinhalten aber keine Bedarfsfaktoren. Entsprechend der Methodik dieser belastungsorientierten Verfahren wird zunächst von dem vorhandenen Personal der Personalanteil abgezogen, welcher für die Führungs- und Sicherstellungsaufgaben in den Dienststellen benötigt wird. Der verbleibende reduzierte Personalkörper wird anhand der definierten Belastungsfaktoren (aktuell: 40 Prozent PKS, 40 Prozent VKS, sieben Prozent Einwohner, sieben Prozent Fläche und sechs Prozent Bevölkerungsdichte) verteilt. Diese belastungsorientierte Personalverteilung lässt keine Rückschlüsse zu, ob ein angemessener und somit bedarfsgerechter Personaleinsatz in der jeweiligen Organisation erfolgt. Im besten Fall wird ein landesweit bestehendes Personaldefizit nicht behoben, sondern vielmehr ‚gerecht‘ verteilt.“ (Erläuterungen TMIK Abteilung 4)

Bedarfsorientierte Personalberechnung notwendig

Sachgerecht ist es, wenn die Höhe der Personalzuweisungen das Ergebnis einer bedarfsorientierten Personalberechnung und nicht das Ergebnis einer belastungsorientierten Personalverteilung ist, dann

könnte auch der Aufgabenbereich der Kommunen weiter durch die Polizei abgedeckt werden.

Nach den Berechnungsmodellen des TMIK benötigt die Thüringer Polizei **6 284** Polizeivollzugsbeamte, **463** Polizeiverwaltungsbeamte und **848** Tarifbeschäftigte. Der gegenwärtige Besetzungsstand bei Polizeiverwaltungsbeamten beläuft sich auf 290, also müssen zwingend Polizeivollzugsbeamte in der Verwaltung eingesetzt werden, damit die Aufgaben der Polizeiverwaltungsbeamten erfüllt werden können. Bei den Polizeivollzugsbeamten sind gegenwärtig 5 769 besetzt, es fehlen demzufolge hier auch 515 Polizeivollzugsbeamte. Dem Polizeibereich fehlen somit insgesamt 688 Polizeibeamte.

Darüber hinaus sieht sich die Thüringer Polizei aufgrund der Dynamik des technischen Fortschritts und der sich ändernden Sicherheitslage, insbesondere im Zuge einer weiteren Digitalisierung der Arbeitsumwelt und steigender Gewalt, bereits jetzt erheblichen Herausforderungen ausgesetzt, die in der Aufgabenwahrnehmung regelmäßig zu erheblichen Schnittstellenproblemen und Überlastungen, einhergehend mit einem verstärkten Personaleinsatz sowie erhöhtem Abstimmungs- und Koordinationsaufwand sowie Dauerbelastungen führen.

Personalsituation innerhalb der Thüringer Polizei besonders kritisch

Insgesamt ergibt sich danach ein zwingender Personalbedarf der Thüringer Polizei in Höhe von 7 595 Dienstposten für Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte.

Die Personalsituation der Thüringer Polizei ist zusammenfas-

send als besonders kritisch zu bezeichnen!

Durch den Ministerpräsidenten wurde der Rechtspakt mit der Bundeskanzlerin unterzeichnet. Dies bedeutet unter anderem die Schaffung von zusätzli-

DPoIG unterstützt Forderungen des TMIK

Seitens des TMIK wurden Forderungen zur Einbringung zusätzlicher Stellen erhoben. Diese sind wie folgt unter-

| Zusätzliche Stellen für die Thüringer Polizei nach Haushaltsjahren | | |
|--|------|------|
| | 2020 | 2021 |
| Vollzugsplanstellen | 100 | 116 |
| Verwaltungsplanstellen | 60 | 42 |
| Stellen für Beschäftigte | 39 | 80 |
| Summe (437) | 199 | 238 |

7 500 neuen Haushaltsstellen in den Länderpolizeien vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2021 zum gegenwärtigen Haushalt. Hier geht es nicht um Einstellungszahlen, sondern um Erhöhung von Planstellen und Stellen im Polizeihaushalt der Länderpolizeien.

Legt man zur Bestimmung des Prozents der sogenannten Königsteiner Schlüssel (2018) an, so würde dies für den Freistaat Thüringen zur Folge haben, dass von den zusätzlich 7 500 zu schaffenden Stellen 199 Stellen auf den Bereich der Thüringer Polizei entfallen, also im Haushalt 2020 und 2021 zusätzlich zu unterlegen wären. Hierbei bleibt jedoch unbeachtet, dass in den Jahren 2017 und 2018 bereits 170 Stellen abgebaut worden sind und im Jahr 2019 weitere 68 Stellen in der Thüringer Polizei abgebaut werden sollen, was bedeutet, dass diese Stellen wieder in den Haushalt der Jahre 2020 oder 2021 einzubringen sind, soweit man auf einen Nachtragshaushalt in 2019 verzichtet.

Somit müssten insgesamt 437 zusätzliche Stellen für die Thüringer Polizei im Haushalt 2020 und 2021 geschaffen werden, um die Vereinbarung aus dem „Pakt für den Rechtsstaat“ zu erfüllen.

Diese Forderung wird seitens der DPoIG Thüringen ausdrücklich unterstützt, und wir fordern, dass die Umsetzung dieser sich ebenfalls in der Realität widerspiegelt und nicht nur auf dem Papier Bestand hat.

Auch wenn in diesem Jahr Landtagswahlen stattfinden, und das Ergebnis sowie die Zusammensetzung einer künftigen Koalition nicht abzusehen sind, darf die Zeit der Regierungsbildung nicht zu einem Stillstand bei der Umsetzung notwendiger Aktivitäten im Zuge der Verbesserung der Personalsituation führen. Auch aus diesem Grund hat sich die DPoIG an alle im Landtag vertretenen Fraktionen gewandt, um das Thema Verbesserung der Personalausstattung innerhalb der Thüringer Polizei ganz oben auf die Agenda zu setzen.

Als gewerkschaftliche Vertretung unserer Kolleg(innen) werden wir so lange nicht locker lassen und den Finger immer wieder in die Wunde legen, bis der Personalabbau innerhalb der Thüringer Polizei nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt wurde und wir einen realen Personalzuwachs verzeichnen können.